

Evonik-Kraftwerk:

Forderung nach Verhinderung abgeschwächt

Von Malte Hinz

Lünen. Am Ende blieb „nur“ der politische Wille von SPD und CDU: Der Rat „ist der Auffassung, dass auf dem Gelände des Evonik-Steag-Kraftwerkes kein zusätzliches Kohlekraftwerk errichtet werden sollte“.

Von der ursprünglichen Absicht, zu beschließen, dass ein solches Kraftwerk nicht „errichtet wird“ und dieser „Beschluss“ dem Vorstand von Evonik-Steag „durch den Bürgermeister mitzuteilen“ sei, rückten die beiden großen Fraktionen ab. Grund: Bürgermeister Stodollick hätte einen solchen Handlungsauftrag an die Verwaltung auch vor kommunalrechtlichem Hintergrund zurückweisen müssen. Zudem deshalb, so der Ratsvorsitzende, weil eine solche Entscheidung auch für die Ratsmitglieder selbst Schadensersatzforderungen nach sich ziehen könne. Nun soll denn auch die Verwaltung nicht mehr - wie zuvor von SPD und CDU in Anträgen verlangt - „die Verhinderungsmöglichkeiten“ prüfen. Die Stadt solle jetzt, so heißt es in der gemeinsamen Beschlussvorlage, ihre „Möglichkeiten“ und eventuelle „finanzielle Risiken“ mit externer juristischer Hilfe „abklären“.

Zuvor hatte Bürgermeister Hans-Wilhelm Stodollick festgestellt, „dass von Evonik-Steag bislang kein Antrag auf den Bau eines Kraftwerkes“ vorliege. Allerdings sei festzustellen, dass der geltende Bebauungsplan die Errichtung eines Kraftwerkes durchaus zulasse. Dies sei allerdings, so stellten SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Möller und auch dessen CDU-Kollege Friedhelm Schroeter einmütig fest, „nicht akzeptabel“. Ja zum Trianel-Kraftwerk - „ein zusätzliches“, so Schroeter, „ist nicht hinnehmbar.“

Der Versuch der Grünen, die Stadt per Ratsbeschluss schon jetzt auf Änderungen von Bauleitplänen und Klageverfahren gegen ein „weiteres (...) geplantes Kohlekraftwerk“ auf dem Steag-Gelände festzulegen, scheiterte - letztlich vor dem Hintergrund der genannten Bürgermeister-Bedenken.

Dem Kompromisspapier von SPD und CDU wollten die Grünen dann aber auch nicht zustimmen. Weil in diesem Papier von einem „Kohlekraftwerk“ die Rede sei, so Detlef Weinbrenner. Die Grünen trügen den Antrag mit, wenn „Kohlekraftwerk“ in „Kraftwerk“ umformuliert werde. Dies geschah nicht - unter anderem mit dem Hinweis, im Grünen-Antrag selbst sei von „Kohlekraftwerk“ die Rede gewesen.